

Die Vorgänge im deutschfreihetlichen Lager.

Die bald nach Kriegsausbruch einsehenden Bemühungen zur Schaffung einer deutschfreihetlichen Gesamtpartei, einer „deutschen Einheitspartei“ haben nach dem Zusammentritt des Parlaments mit dem Auseinanderfallen des Deutschen Nationalverbandes in ein halbes Duzend Parteien ihren vorläufigen tragischen Abschluß gefunden. Dagegen erwies sich der Gedanke eines tunlichen Zusammengehens aller deutschen Parteien (der christlichsozialen und der deutschfreihetlichen Gruppen) in nationalpolitischen Fragen als fruchtbar und gangbar. Es ist bisher noch immer, zumeist sogar ohne nennenswerte Schwierigkeiten, gelungen, bei allen wichtigeren Anlässen ein einvernehmliches paralleles oder geschlossenes Vorgehen der beiden großen deutschen Gruppen zu erzielen. Die nationale Gemeinschaft aller deutschen Parteien, seit jeher von den Christlichsozialen vertreten, ist somit kein leerer Wahn, in ihrem Rahmen wäre vielmehr eine fruchtbare nationale Politik der Deutschen Oesterreichs sehr wohl möglich.

Innerhalb des Lagers der Deutschfreihetlichen dauert inzwischen der Zank zwischen den verschiedenen Gruppen fort und wird mit wachsender Lebhaftigkeit geführt. Es stellt sich eben immer mehr die Wahrheit dessen heraus, was in der „Reichspost“ oft genug dargelegt wurde, nämlich daß es ein einheitliches „deutschfreihetliches“ Lager gar nicht gibt und daß nur eine seit den Baden-Stürmen verfälschte, von einer Fremdpresse begünstigte Entwicklung diese Lüge geschaffen hat, an welcher das freiheitliche Parteiwesen unheilbar krankt. Es wurden unter einem Sammelnamen verschiedene Weltanschauungen zusammengepackt, konservativ-agrarisch gerichtete Kreise mit solchen, die zur liberalen Plutokratie oder zum Sozialismus hinneigen, Mittelstandspolitiker mit programmatischen Todfeinden des Mittelstandes, Antisemiten mit Juden. So lange die Fiktion einer Zusammengehörigkeit und Verschmelzungsfähigkeit aller dieser Richtungen, die nichts Gemeinsames haben, als daß sie in verschiedenen Graden vom christlichsozialen Programm abweichen, nicht kurz entschlossen theoretisch wie praktisch ein für allemal aufgegeben wird, ist eine „Konsolidierung“ des deutschen Parteilebens ausgeschlossen und alle Bemühungen sind an eine unmögliche Sache verschwendet. Da die Einigungsbestrebungen von Klagenfurt, Graz und Wien aus ein so übles Ende genommen haben, versuchte man es unter Dr. Beurles und Dr. Dinghofers Patronanz vor Weihnachten von Linz aus mit einer deutschnationalen Tagung. Neuestens erhebt Abg. Dr. Steinwender wieder seine Stimme; aus Trebnitz hat der bekannte Dr. Titta wieder verstärkte Bergatterungsrufe an alle Parteigruppen gerichtet, aber das Ergebnis sind neuer Streit, vermehrtes Gezänk, erbitterte Polemiken zwischen dem Abg. Wolff und Dr. Titta, zwischen den Marburgern und Abg. Dobernig, zwischen den Innsbrucker Gemeinderatsfreihetlichen und den Salzburger Freihetlichen, ein Streit, der von der zumeist israelitischen „Parteipresse“ der Freihetlichen mit dem Eifer interessierter Eldner genährt und ausgefochten wird. Inzwischen besah sich der alte Schönerer, der zuvor seine letzten parlamentarischen „Getreuen“ davongejagt hat, die „Lage“ und gab die Losung aus: Fort mit den bisherigen unfähigen, erfolglosen, charakterlosen (und wie die zierenden Worte alle heißen) Vertretern des deutschen Volkes und her mit neuen Männern! Der Ruf nach neuen Männern hat immer etwas Bestrickendes erstens für solche Parteien, die an alten Männern nichts zu verlieren haben und über neue Männer, sogenannte „aufstrebende Talente“ verfügen, dann überhaupt, weil die Zufriedenheit der Bevölkerung mit den alten Männern tatsächlich aus verschiedenen Gründen nicht übermäßig groß ist. Schönerers Losung ist daher gar nicht ungeschickt gewählt und dürfte den „alten Männern“ der Deutschfreihetlichen noch manche Sorgen bereiten. Zu diesen Schwierigkeiten und Strömungen im deutschfreihetlichen Lager kommen noch als höchst wichtige Umstände die jüngsten großen Veränderungen in der

freisinnigen Publizistik. Die Prager „Bohemia“ ist von einem jüdisch-liberalen Konsortium (Kriegsverdienerkonsortium!) aufgekauft worden, das nicht nur über große Pläne, sondern auch über viel Geld verfügt. Die Herausgeber und Leiter der Wiener „Zeit“ ließen sich ihr seinerzeit mit großem Tam-Tam verkündetes Programm und ihre weitererschütternden Pläne abkaufen und können jetzt von den Zinsen gebrochener Versprechungen viel herrlicher leben als bisher von den Erträgen unzulänglicher Erfüllung; was aber die neuen schmerreichen Eigentümer der „Zeit“ mit ihr vorhaben, für welche Zwecke sie so tief in den Säckel gegriffen haben, schwebt noch im Dunkel, wird aber zweifellos für die ferneren Geschicke der freiheitlichen Parteien nicht belanglos sein. Endlich ist durch den Tod des bisherigen Herausgebers und Chefredakteurs des „Neuen Wr. Tagbl.“ bei diesem von den freiheitlichen Politikern vielbenützten und daher für ihre Parteien ziemlich einflussreichen Blatte zugleich mit dem Personenwechsel ein bereits ersichtlich werdender Systemwechsel erfolgt, der sich attiengemäß allerdings bereits zu Lebzeiten des früheren Chefs vorbereitet hatte. Die beschauliche, altumfassende, nur zu Wahlzeiten gelegentlich unterbrochene Passivität ist einem politischen Aktivismus gewichen. Dringende Rufe zur Sammlung, aus der gewohnten farblosen Stille der Tagblattspalten

doppelt laut erschallend, wurden an das freiheitliche, deutsche Bürgertum gerichtet, Mahnrufe, sich von der „Schablone alter Parteischlagworte“ ebenso zu befreien wie „der Ueberflutung der Geister mit sozialistischen Gedanken“ („N. W. Z.“ vom 30. v. M.); das fortschrittliche Bürgertum habe es durchaus nicht nötig, vor dem Sozialismus abzudanken, es müsse sich nur mannhaft zur Wehr setzen:

Es wird leicht sein, nachzuweisen, daß sich die Sozialdemokratie eine Stellung von sehr durchsichtiger Bequemlichkeit zuerschleht hat: keinerlei Verantwortung übernehmen, aber sich das Recht schonungsloser Kritik vorbehalten; dem Staate keins neller bewilligen, aber für volkstümliche Auslagen bis ins Unmögliche stimmen. Es kann auch nicht schwer fallen, die öffentliche Aufmerksamkeit darauf hinzuweisen, daß die Sozialdemokratie, die mit dem Ansprache auftrat, Oesterreich von dem Uebel des nationalen Habers zu befreien, selbst vom Nationalismus völlig versprengt und zerrissen wurde. Mein, wahrhaftig, die Enttugung und Selbstpreisgebung, die manche Teile des deutschen Bürgertums, namentlich der intellektuellen Kreise, gegenüber der Sozialdemokratie betundet haben, ist aus jedem Betracht unbegründet.

Es offenbart sich hier ein im Wiener liberalen Blätterwalde, aus dessen Zweigen alle möglichen Melodien, plutokratische, jacobinische, sozialistische, anarchische, von zumeist jüdischsozialistischen Vögeln gepfiffen werden, bisher unerhörter Parteiville. „Das Recht des Privateigentums und die Möglichkeit freier persönlicher Initiative“ werden als „unentbehrliche Voraussetzungen wirtschaftlichen Gedeihens und kulturellen Fortschritts“ bezeichnet, aber zugleich „innerhalb dieses unabänderlichen Rahmens“ die Erfüllung der Gebote sozialer Gerechtigkeit und die Fürsorge für die Besitzlosen gefordert. Zum ersten Male vernimmt man hier aus der Wiener liberalen Großpresse heraus so etwas wie Grundsätze, wie eine programmatische Botschaft. Ob man ihr Glauben schenken will oder nicht, es empfiehlt sich, sie zur Kenntnis zu nehmen.